

ARBEIT UND WIRTSCHAFT

HERAUSGEGEBEN VON ANTON HUEBER UND FRANZ DOMES

REDAKTEURE: EDUARD STRAAS, VIKTOR STEIN, DR. EDMUND PALLA UND DR. J. HANNAK

I. JAHRGANG

1. JÄNNER 1923

HEFT 1

ZUM GELEIT



Die Änderung der Voraussetzungen und unmittelbaren Ziele ihres Kampfes bestimmt die Arbeiterklasse auch zur Ausgestaltung ihrer Kampfinstrumente. Die Klasse der manuell und geistig arbeitenden Menschen hat der Welt Vieles und Wichtiges zu sagen. Ist sie doch schon auf Grund ihrer geschichtlichen Sendung berufen, an dem Wiederaufbau der durch den Krieg und durch seine so unglückselige formale Beendigung, die Friedensverträge, arg zerrütteten gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse an wichtiger Stelle, in einer der vordersten Linien mitzuwirken. So wurde die Arbeiterbewegung, welche die alte Staats- und Wirtschaftsordnung zum förmlichen Sektendasein, zu einer Art Verschwörerexistenz verurteilt hat, aus dem Dunkel herausgeholt. Die Öffentlichkeit begann zu ahnen, wieviel Intelligenz, wieviel schöpferische Kraft, wieviel Zuversicht ihr da Jahre hindurch vorenthalten wurde. Aber die alten Vorurteile hindern sie an dem freien, uneingeschränkten Bekenntnis, daß sie, was in der Arbeiterbewegung an Gedanken, an Absichten, an Wünschen lebt, gerne ganz und genau kennenlernen möchte. „Nur Arbeit kann uns retten“, so wird uns immer versichert. Damit kann unmöglich nur an die physische Leistung der Arbeit gedacht sein; denn kein Mensch darf sich darüber täuschen, daß die Zeiten, da der Arbeiter — im weitesten Sinne des Wortes aufgefaßt — nur Objekt des Arbeitsprozesses war, vorüber sind. Der Zusammenbruch war der Zeitpunkt der Sammlung und Zusammenfassung all der Elemente, die zusammen die neue Machtposition der Arbeit in Wirtschaft und Gesellschaft darstellen. In den Zeiten der Betriebsräteverfassung, der Kammernorganisation, der praktischen, unmittelbaren Teilnahme der Arbeiterbewegung an der Gesetzgebung und Verwaltung des Staates darf man das Wort, die Arbeit allein könne uns retten, nicht in einem eingeschränkten Sinn auffassen. Deshalb hat die Arbeit nicht bloß das Recht, sondern auch die Pflicht und bei ihrer imposanten organisatorischen und geistigen Stärke die Möglichkeit, vor die Öffentlichkeit hinzutreten, um ihr ihre Anschauungen und Absichten, ihre Vorschläge und Wünsche darzulegen.

In der Gewerkschaftsbewegung werden die von der Not des Tages aufgeworfenen Probleme, und ihre Zahl ist ungemein groß, eingehend geprüft, erwogen und der Lösung zugeführt; ob es sich um Fragen der Lohnpolitik oder der Schutzgesetzgebung, ob es sich um Angelegenheiten des arbeitenden Menschen als Produzenten oder Konsumenten handelt, die Gewerkschaftsorganisation will und muß gehört werden. Die Betriebsräte, die am weitesten in das Getriebe des Produktionslebens vorgeschobenen Posten der neuen Zeit, haben reichlich Gelegenheit, die Wirtschaft mit ihren Augen, mit den Augen des scharfen Kritikers zu beobachten und so manche wertvolle Anregung zu machen. Die Kammern für Arbeiter und Angestellte haben schon durch ihre bisherige Tätigkeit bewiesen, daß sie, das Sprachrohr der Gesamtheit der arbeitenden Menschen, mehr als sonst eine Körperschaft in unserem wirtschaftlichen Leben berufen und befähigt sind, Wegweiser der Zukunft zu sein. Welch Fehler, welches Vergehen wäre es, auf diese an Menge wie an Güte gleich wertvollen Möglichkeiten der Mitarbeit zu verzichten! Es handelte sich nur um die Schaffung eines entsprechenden Organs, um der Öffentlichkeit, die praktisch und theoretisch an den großen Problemen der Gegenwart arbeitet, die Gedankenwelt der Arbeiterschaft zu eröffnen, in ihrem ganzen Reichtum, in ihrer Buntheit zu zeigen, „Arbeit und Wirtschaft“ greift mit Freude diese Aufgabe auf.

Die Redaktion wird bemüht sein, der Würde und Bedeutung der Arbeit entsprechend, den richtigen Ausdruck für die Ansichten der Arbeiter und Angestellten zu finden. Sie wird daher Männer der Praxis und der Wissenschaft zum Worte gelangen lassen; in Abhandlungen und in sorgfältig ausgearbeiteten Übersichten wird den Lesern unserer Zeitschrift ein Bild des großen Strebens und Suchens geboten werden. „Arbeit und Wirtschaft“ will sich den Reihen der Baumeister der Zukunft einfügen im Interesse der Arbeit und der Wirtschaft; „Arbeit und Wirtschaft“ will den Standpunkt der Arbeit zur Neuregelung der Wirtschaft bekanntgeben und verfechten durch Darlegung, Besprechung und Lösungsversuche der zahllosen Probleme der Gegenwart und nahen Zukunft.

Vor 90 Jahren erschien „Arbeit und Wirtschaft“ zum ersten Mal, herausgegeben von Generalsekretär Hueber für die Reichskommission der Freien Gewerkschaften und Präsident Domes für die Kammer für Arbeiter und Angestellte in Wien.

Klare Positionen und offene Augen

*Klare Positionen, neue Ideen, Denkanstöße, Blick über Grenzen.
Das sind seit 90 Jahren die Markenzeichen von „Arbeit und Wirtschaft“.*

Am 23. November 1922 beschloss die Vorstandskonferenz der Freien Gewerkschaften ein neues Medienprojekt: „Die Gewerkschaft“, das traditionsreiche Informations- und Diskussionsorgan der Gewerkschaftskommission, und die beiden erst kurz herausgegebenen Blätter „Werkstatt und Wirtschaft“ und „Der Betriebsrat“ sollten eingestellt werden. An ihrer Stelle sollte – mit finanzieller Hilfe der Arbeiterkammer in Wien – ab Jänner 1923 „Arbeit und Wirtschaft“ erscheinen.

Der Name war Programm, man wollte mit dieser Zeitschrift „den Standpunkt der Arbeit zur Neuregelung der Wirtschaft bekanntgeben und verfechten“, wie es in dem auf der vorangegangenen Seite abgedruckten Geleitwort heißt.

Sprachrohr zur Öffentlichkeit

„Zielgruppe“ war ursprünglich nur die „Öffentlichkeit“, waren Opinion-leader in Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Journalismus.

Die gebündelte Kompetenz von GewerkschafterInnen, BetriebsrätInnen und Betriebsräten, AK-ExpertInnen und -Experten sollte zur Veränderung des Blickwinkels und zur Diskussion neuer Problemlösungsmodelle beitragen.

Im zehnten Erscheinungsjahr schrieb der geschäftsführende Redakteur Jaques Hannak: „‘Arbeit und Wirtschaft‘ ist in Österreich vielleicht der erste Versuch in großem Stil gewesen, Gewerkschaftstheorie und Ge-

werkschaftspraxis auf eine publizistische Linie zu bringen, den ganzen Lebensbereich des Arbeiters und Angestellten, seine materielle und geistige Kultur aus dem Gesichtswinkel des Gewerkschafters zu erfassen.“

Ein „Sprachorgan proletarischer Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik“ zu sein, wurde also 1932 längst nicht mehr als die alleinige Aufgabe von „Arbeit und Wirtschaft“ betrachtet.

Einbindung der BetriebsrätInnen

Das Redaktionsteam hatte den Aufgabenkreis um politische Bildung im umfassenden Sinn erweitert, es setzte sich zum Ziel, „das Weltbild des Arbeiters und Angestellten zu formen“. Buchbesprechungen wurden eingeführt, die internationale Berichterstattung wurde ausgebaut, besonders was die Wirtschaftsentwicklung betraf, und je eine Beilage für Frauenarbeit und Arbeitsrecht ergänzte das Angebot für die LeserInnen.

Die „Lesergemeinde“ umfasste 1932 längst auch (und besonders) Betriebsratsmitglieder und aktive GewerkschafterInnen, aber genauso „einfache, schlichte Sägearbeiter aus Tirol, Bauarbeiter aus dem Burgenland, Landarbeiter aus dem Marchfeld“.

Den Spagat zu schaffen, ihnen allen Information und Denkanstöße zu bieten, mit denen sie etwas anfangen konnten, sah die Redaktion als ihre wichtigste Herausforderung an. Das sei ihre Freude, aber auch die journalistische Schwierigkeit, der sie sich gegenüber sähe. Die Herausforderung

blieb übrigens den JournalistInnen-Generationen, die ab August 1947 für „Arbeit und Wirtschaft“ tätig waren, erhalten.

Auch im neuen Jahrtausend konfrontiert das Blatt politische MandatarInnen, WissenschaftlerInnen und Studierende mit Standpunkten und Fragestellungen der Interessenvertretung für ArbeitnehmerInnen und versucht gleichzeitig einen Beitrag zur Information der InteressenvertreterInnen über das wichtige „tägliche Handwerkszeug“ hinaus zu leisten.

„den Mut haben, etwas zu sagen“

„Arbeit und Wirtschaft“ versteckte sich nie hinter Scheinobjektivität, der Standpunkt auf der Seite jener großen Mehrheit der Menschen, die für ihren Lebensunterhalt auf abhängige Arbeit angewiesen sind, blieb unverrückbar. Aber gerade wegen dieser Grundposition hat es in der Redaktion schon in der Ersten Republik „alle nur gefreut“, wenn der „muntere Einfall irgendeines Jüngeren“ (und nicht nur von Jüngeren) den Aussagen und Einschätzungen der „ersten gewerkschaftlichen Führer“ gegenüberstand.

„Arbeit und Wirtschaft“ hätte „niemals ‚Anciennität‘ verlangt, das heißt niemals jene gewisse Angejährtigkeit des Denkens, die das Vorrecht der Lange-weile ist“, schrieb Hannak in seinem Bilanz-Artikel.

Die Förderung des journalistischen Nachwuchses war bei der Gestaltung der Frauenbeilage besonders erfolgreich, „der es zu danken ist, dass so-



undso viele junge Menschen heute nicht nur den Mut haben, etwas zu sagen, sondern, indem sie in „Arbeit und Wirtschaft“ mitarbeiten, auch gelernt haben, es vernünftig und gewissenhaft zu sagen“.

„Aus“ unter Diktatur und Faschismus

1922, das Jahr, in dem die Herausgabe von „Arbeit und Wirtschaft“ beschlossen wurde, war auch das Jahr, in dem in Italien der Faschist Benito Mussolini an die Macht kam. Schon in der ersten Nummer setzte sich Viktor Stein unter dem Titel „Die Gewerkschaftsbewegung und der Faschismus“ damit auseinander.

Er verwies auf den Terror gegen die italienischen Gewerkschaften und die parallelen Bestrebungen, sie in das System einzugliedern, und warnte: „... dass man es nicht wagen konnte, uns so zu kommen, ist ein großer Erfolg unserer Arbeiterschaft ... Das darf uns aber nicht in Sicherheit wiegen, dass die Versuche nun unterbleiben werden; deshalb muss man sich über das Programm des Faschismus klar sein ... Es ist notwendig, die vom Faschismus aller Abarten bedrohten Arbeiter und Angestellten ... über das innere Wesen des Faschismus aufzuklären.“

Ein tragischer Irrtum findet sich allerdings in der brillanten Analyse: Stein glaubte, die Mussolini-Herrschaft wäre eine „vorübergehende Erscheinung“ und von Österreich sei der Faschismus durch ausreichende Aufklärung fernzuhalten. Dass es anders kam, wissen wir.

Im austrofaschistischen Ständestaat hatte ein auf ein demokratisches Umfeld ausgerichtetes Medium wie „Arbeit und Wirtschaft“ keinen Platz. Stein, gleichzeitig Redakteur des freigewerkschaftlichen Metallarbeiter-Fachblatts und außerdem sozialdemokratischer Nationalratsabgeordneter, kam 1934 fünf Monate in Haft.

Unter der nationalsozialistischen Herrschaft hatte der Jude Stein dann keine Überlebenschance mehr, er starb im KZ Sachsenhausen.

Neustart mit offenen Augen zur Welt

Als „Arbeit und Wirtschaft“ 1947 wieder erschien, galt das als wichtiges Symbol für das Gelingen des demokratischen Wiederaufbaus nach dem Ende des NS-Regimes, so wichtig, dass Staatskanzler und Sozialminister die erste Nummer mit Grußworten einleiteten.

Als ersten Chefredakteur holte AK-Präsident Karl Mantler den Journalisten Otto Leichter aus dem amerikanischen Exil zurück. Im Gegensatz zur Mehrheit der österreichischen PolitikerInnen jener Jahre hielt nämlich Mantler die Rückkehr der dem NS-Regime ins Ausland Entkommenen für eine Chance. Österreich brauchte sie, so seine Überzeugung, dringend, um nach einer Phase hermetisch abriegelter Grenzen Anschluss an die Entwicklungen auf der Welt zu finden.

Leichter verfasste übrigens für das erste Heft 1923 den Beitrag „Streifzüge durch die Weltwirtschaft“, in

dem er über den beginnenden Konjunkturaufschwung in den USA und in der Sowjetunion berichtete.

Österreich profitierte damals nicht davon, weil hier der Abbau der Staatsschulden durch einen rigorosen Sparkurs die Erholung der Volkswirtschaft erstickte.

Für den Sozialstaat

Die Wirtschaftswissenschaftler, die nach 1945 in der Wiener Arbeiterkammer tätig waren, hatten in der Emigration die Theorien des britischen Ökonomen John Maynard Keynes kennengelernt und auch ganz praktisch erfahren, dass eine aktive staatliche Finanz- und Wirtschaftspolitik, die sich um sozialen Ausgleich bemüht, dem privaten Unternehmertum keineswegs schadet und der Volkswirtschaft nützt.

Mit „Arbeit und Wirtschaft“ stand ihnen ein Medium zur Verfügung, um eine solche Politik zu propagieren, die Voraussetzung für den Aufbau eines funktionierenden Sozialstaats ist, ein Medium, in dem sie – erstmals in Österreich – schon vor 1934 von Gewerkschaftsseite verlangt wurde und bereits in der ersten Nummer 1923 in Ferdinand Hanuschs Beitrag „Volkswirtschaft und Sozialpolitik“ angeklungen war. Der rote Faden zieht sich bis zu den vertiefenden Informationen, mit denen „Arbeit & Wirtschaft“ die aktuellen ÖGB-Kampagnen pro Sozialstaat begleitet.

ARBEIT UND WIRTSCHAFT

HERAUSGEBER:
ÖSTERREICHISCHER ARBEITERKAMMERTAG
UND ÖSTERREICHISCHER GEWERKSCHAFTSBUND
REDAKTEUR: OTTO LEICHTER

Erscheint monatlich

1. August 1947

Nummer 1

GRUSS DES BUNDESPRÄSIDENTEN

In hundertjährigem Ringen haben sich die Arbeiter, die Enterbten und Rechtlosen vergangener Zeiten, ihre Organisationen des Kampfes geschaffen, um in die Bastionen des Staates einzudringen und im Staat eine gesicherte Rechtsstellung zu beziehen. Zu diesen ihren Positionen gehören die Gewerkschaften und die Kammern. Nun gilt es, von diesen Vorhutstellungen aus auszusprechen, was nach ihren Erfahrungen und Überzeugungen für Wirtschaft und Staat unerlässlich ist. In diesem Geiste wurde vor Jahren das Organ „Arbeit und Wirtschaft“ ins Leben gerufen — ruchlose, übermütige Gewalt des Faschismus hat diese Stimme zu unterdrücken unternommen; die Demokratie hat dafür gesorgt, daß sie wieder gleichberechtigt und gleichwertig im Rate der Allgemeinheit vernommen werde. Und so erscheint Euer Organ wieder! Ich beglückwünsche die Kammer zum Entschluß, es neu herauszugeben, und bin dessen gewiß, daß seine Stimme überall gehört wird.

Bundespräsident Dr. Karl Renner

— UND DES SOZIALMINISTERS

Endlich geht in Erfüllung, was die Gewerkschafter schon seit langem herbeisehnen, das Wiedererscheinen von „Arbeit und Wirtschaft!“ War sie es doch, die in der ersten Republik Österreich einen maßgeblichen Einfluß auf die wirtschaftliche Schulung der Betriebsräte ausgeübt hat und dadurch der gesamten österreichischen Wirtschaft großen Nutzen brachte. Ich bin überzeugt, daß auch weiterhin „Arbeit und Wirtschaft“ in diesem Sinne ihre Aufgabe erblickt, und begleiten sie daher meine besten Wünsche für die weitere Zukunft.

Karl Maisel
Bundesminister für soziale Verwaltung

Nach der Unterbrechung durch Diktatur und Faschismus ab 1934 und deren Folgen konnte „Arbeit und Wirtschaft“ im Sommer 1945 wieder herauskommen. Die doppelte Funktion blieb weiter bestehen: Gewerkschaftspositionen in die politische Diskussion einzubringen und die Betriebsrätinnen/Betriebsräte mit den wirtschaftlichen Zusammenhängen vertraut zu machen.